

29 . Newsletter gegen Rechtsextremismus

Ausgabe vom 17.12.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist die Ausgabe 29 unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus und die letzte in diesem Jahr. In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Ein kleiner Hinweis in eigener Sache: Die [Sprechstunde](#) am 28.12. entfällt. Am **25.1.2013** bin ich wieder in der **Dirschauer Straße 13 zwischen 17 und 18 Uhr** für Sie/euch da!

Ich wünsche Ihnen und euch ein schönes Weihnachtsfest und schöne Feiertage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Ihre/Eure Clara Herrmann
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Annika Gerold: buero.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de

Wenn Sie/ihr diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten/möchtet, können Sie/könnt ihr dies [hier](#) tun.

Inhalt

[1 NSU: Verstrickungen von Berlin](#)

[2 Rechte Angriffe und NW-Berlin](#)

[3 Die Debatte um das NPD-Verbot](#)

[4 NPD-Demo in Rudow](#)

[5 Berliner Staatssekretär ist aktives Mitglied in schlagender Burschenschaft](#)

[6 Kleine Anfragen](#)

[7 Terminhinweis: Nazi-Aufmarsch in Magdeburg am 12.01.2013](#)

1 NSU: Die Verstrickungen von Berlin

Berlin steckt im NSU Sumpf. Die Berliner Polizei führte über zehn Jahre lang Thomas S. - einen Unterstützer des NSU Terrortrios - als V-Mann. Während seiner Zeit als Spitzel bei der Berliner Polizei gab S. insgesamt fünf Hinweise auf das Terrortrio. Diese hätten vielleicht zum Aufspüren der untergetauchten rechtsextremen Terrorzelle führen können. Doch scheinbar hat die Berliner Polizei diese Hinweise nicht an andere weitergegeben sondern für sich behalten. Darüber hinaus wurde kürzlich öffentlich, dass der Berliner Verfassungsschutz einschlägige Akten schredderte. Nach dem Aktenschredderskandal musste die Leiterin gehen, aber sonst ist nichts passiert.

Innensenator Henkel hat unsere Fragen nicht beantwortet, verstrickte sich selbst in eine Informationsverweigerungspolitik und blockierte Aufklärung – auch deshalb haben wir ihn zum Rücktritt aufgefordert. Die Verwicklungen der Sicherheitsbehörden in diesem Skandal

haben gezeigt, dass es einer grundlegenden und tiefgreifenden Reform der Sicherheitsarchitektur – auch in Berlin - geben muss. Die grüne Fraktion wird darauf weiter drängen.

Unsere Pressemitteilung vom 10.11.12: „[NSU-Aktenvernichtung darf nicht ohne Konsequenzen bleiben](#)“.

Unseren Antrag „Vernichtung von Akten mit NSU-Bezug unverzüglich aufklären“ vom 7.11.12 finden Sie / findet ihr [hier](#).

In meinem [Stachel Beitrag „Berlin im NSU-Sumpf - Der braune Terror und das Versagen der Sicherheitsbehörden – der Skandal hat Berlin erreicht“](#) habe ich über den NSU Terror und Berlins Verstrickungen geschrieben.

Pressartikel

Welt 23.10.12, „[NSU: Senat verschiebt Aufklärung](#)“

Berliner Zeitung 6.11.12: „[Berliner Verfassungsschutz vernichtet Akten](#)“

Taz 7.11.12: „[Verfassungsschutz-Affäre: Innensenator angeschreddert](#)“

Süddeutsche Zeitung 7.11.12: „[Verfassungsschutz schredderte Akten zu Rechtsextremismus](#)“

Tagesspiegel, 9.11.12: „[So was Beklopptes denkt man sich doch nicht aus](#)“

Welt 9.11.12: „[Berliner Schredder-Affäre: Innensenator verspricht Aufklärung](#)“

[zurück](#)

2 Rechte Angriffe und NW Berlin

Im Innenausschuss am 10.12.12 haben wir deutlich kritisiert, dass die Polizei im Vorgehen gegen das Nazinetzwerk NW-Berlin (Nationaler Widerstand Berlin) keine Ermittlungserfolge vorweisen kann. Rechtsextreme Anschläge auf Einrichtungen und Bedrohungen von Personen häufen sich und finden in der ganzen Stadt statt. Opfer solcher Anschläge waren Einzelpersonen, Parteibüros und erneut das Anton-Schmaus Haus der Neuköllner Falken. Besonders kritisiert haben wir, dass die Polizei erneut Nazikundgebungen geheim gehalten hat. Denn diese Polizeistrategie verhindert friedlichen Protest! Zur nw-Berlin habe ich bereits im Oktober einen Beitrag im Störungsmelder verfasst: „[Endlich handeln gegen gewaltbereites Neonazi-Netzwerk nw-Berlin](#)“.

Mehr dazu in einem [Beitrag der RBB Abendschau](#) zur Sitzung des Innenausschusses

Presseartikel

Morgenpost 10.12.12: „[25 Anschläge rechter Täter – Polizei kommt nicht weiter](#)“

Neues Deutschland 11.12.12: „[Anti-Nazi-Kampf wird sabotiert](#)“

[zurück](#)

3 Die Debatte um das NPD-Verbot

Die Innenminister der Länder plädieren einstimmig dafür, ein neues NPD-Verbotsverfahren anzustrengen. Die Hürden von Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an ein Parteienverbot sind hoch. Die Innenminister müssen sicherstellen, dass das Verfahren zum Verbot der NPD Erfolg hat und die gerichtlichen Anforderungen erfüllt werden. Ein abermaliges Scheitern eines NPD-Verbotsverfahrens wäre ein fatales Zeichen für die Demokratie und würde die NPD nur stärken.

Ein NPD-Verbot ist kein Allheilmittel gegen rechten Terror und rechtsextreme Ideologie. Nur eine aktive, sich einmischende Zivilgesellschaft kann den Kampf gegen Rechts in unserer Gesellschaft gewinnen. Daher muss sich Berlin für die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Projekte wie Opfer- und mobile Beratungsstellen einsetzen, die kontinuierlich gegen die von Rechts ausgehende Gewalt und Bedrohung ankämpfen.

Die vollständige Pressemitteilung zu diesem Thema finden Sie /findet ihr [hier](#).

[zurück](#)

4 NPD-Demo in Rudow

Am Samstag den 24.11. fand abermals eine NPD-Demo in Neukölln statt. Eine Woche hatte die NPD-Demo bereits eine Bustour durch etliche Berliner Bezirke durchgeführt. Die Kundgebung, die von der NPD angemeldet wurde richtet sich gegen die geplante Asylbewerberunterkunft in Rudow („Nein zum Asylantenheim in Rudow!“).

Ein breites Bündnis rief zur Gegenkundgebung auf. So auch die grüne Abgeordnetenhausfraktion. Unsere Pressemitteilung „Gegen rechtsextremistische Hetze in Berlin“ finden Sie / findet ihr [hier](#).

[zurück](#)

5 Berliner Staatssekretär ist aktives Mitglied in schlagender Burschenschaft

Der Berliner Staatssekretär Büge wird wegen seiner Mitgliedschaft in einer schlagenden Burschenschaft kritisiert. Meine Fraktionskollegin Anja Schillhaneck und ich haben uns in einem Beitrag für den Störungsmelder mit Staatssekretär Büges Mitgliedschaft in einer schlagenden Burschenschaft befasst: [„Berliner Staatssekretär ist aktives Mitglied in schlagender Burschenschaft“](#)

Presse

Taz, 26.11.12: [„Burschenschaften: Schlagender Staatssekretär“](#)

[zurück](#)

6 Kleine Anfragen

[Durchsuchung rechtsextremes Internetforum Thiazi.net und Verbindungen zu nw-Berlin](#) (vom 6.7.12, Antwort am 12.10.12)

[Rechtsextremistische Strukturen in Berlin-Schöneeweide](#) (Vom 3.7.12, Antwort am 6.11.12)

Spontane mündliche Anfrage zur [Aktenvernichtung beim Verfassungsschutz](#) am 8.11.12. Hier findet sich das Plenarprotokoll (Seite 1916).

[zurück](#)

7 Terminhinweis: Naziaufmarsch in Magdeburg am 12.01.2013

Auch im nächsten Jahr wollen Nazis in Magdeburg demonstrieren. Es wird mit einer steigenden Zahl an Teilnehmer_innen gerechnet (ca 2000). Dagegen gibt es bereits ein breites Bündnis von Initiativen „Magdeburg Nazifrei“, in Anlehnung an „Dresden Nazifrei“. Dieses mobilisiert dagegen, um den Aufmarsch friedlich zu blockieren. Auch aus Berlin sollen Busse nach Magdeburg fahren. Die Busse werden am 12.1.2013 um 6 Uhr an der O2-World abfahren. Wenn ihr Fragen habt oder aus Brandenburg fahren wollt, können Sie / könnt ihr euch an: b-brb.md-nazifrei@riseup.net wenden.

Tickets zum Soli Preis von 10 Euro im Buchladen Schwarze Risse im Mehringhof oder im Red Stuff.

Aktuelle Infos unter: <http://magdeburg-nazifrei.com/>.

[zurück](#)